Vorberatung des Entwurfs der Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für 2011

Vorlage zur Sitzung des **Hauptausschusses und des Ausschusses für Technik und Umwelt am 11.10.2011**

TOP 1 **öffentlich**

Vorschlag:

Der Hauptausschuss und der Ausschuss für Technik und Umwelt besprechen den von der Verwaltung in der Klausurtagung am 23.09.2011 übergebenen Entwurf der Nachtragssatzung mit Nachtragsplan für 2011.

Im Nachgang zum übergebenen Entwurf der Nachtragssatzung sind folgende Änderungen eingetreten:

- Für die Erweiterung und Aufstockung des Rathauses ist für die Planungsleistung ein Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 € vorzusehen
- Die Darlehenstilgungen konnten um weitere 15.000 €, und damit um insgesamt 47.000 € reduziert werden
- Die Summe der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 61.812.000 € und des Vermögenshaushaltes in Höhe von 17.527.000 € haben dadurch keine Veränderung erfahren

Sachverhalt, Begründung, Finanzierung und Folgekosten:

Die Verwaltung hat auf der Grundlage von Beschlüssen der politischen Gremien sowie notwendiger Korrekturen, bspw. die Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung, eine Nachtragssatzung mit Nachtragshaushalt erarbeitet.

Die Ursachen für die Veränderungen der ursprünglichen Planansätze sind dem Vorbericht und den Erläuterungen zu den einzelnen Finanzpositionen zu entnehmen.

Durch die Korrekturen in der Nachtragsplanung ist - gemessen an der negativen Zuführungsrate des Vermögenshaushaltes an den Verwaltungshaushalt - eine Verbesserung der allg. Finanzsituation eingetreten, d.h. die **negative Zuführungsrate** hat sich um **1.463.600 €** auf **380.400 € reduziert**. Dadurch können die in der Urplanung vorgesehenen **Kreditneuaufnahmen** in Höhe von 10,6 Mio. € um **1,1 Mio. €** auf **9,5 Mio. € verringert** werden. Die in den vergangenen Jahren eingeleiteten und teilweise schon abgeschlossenen **Konsolidierungsmaßnahmen** zeigen erste Erfolge.

Trotzdem gilt es, den eingeschlagenen **Kurs der Haushaltskonsolidierung** auch in den **Folgejahren unvermindert fortzusetzen**, um eine eventuell drohende erneute

Finanzkrise (u.a. infolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten) überstehen zu können. Dies spiegelt sich auch in der nur **unter Auflagen erteilten Haushaltsgenehmigung** durch das Regierungspräsidium Karlsruhe wieder. Zur Erhaltung der **dauerhaften Leistungsfähigkeit** ist eine **deutliche Reduzierung der Verschuldung** anzustreben, so dass die **Generationengerechtigkeit** gewährleistet werden kann.

Dieser Entwurf wurde den Mitgliedern des Gemeinderates im Rahmen der Klausurtagung erläutert und übergeben und ist nach § 82 GemO in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Die Verabschiedung der Nachtragssatzung mit Nachtragsplan für das Jahr 2011 ist für die Sitzung des Gemeinderates am 24.10.2011 vorgesehen.

Gabel
Abteilungsleiterin

Landwehr
Stadtkämmerer

Geinert
Oberbürgermeister